

SAZ

Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

- Wachsender Mordterror der Nazis
- Konterrevolutionäre Maßnahmen in Spanien
- Achtungserfolg der SAP
- Aussperrung von 10000 Berg- und Hüttenarbeitern
- Der Tote am Führerstand
- Der Komödie letzter Akt
- „Armut fördert die Verdauung“
- Wieder Erwerbslosen-Protest-Bewegung

Lippe-Detmold hat gewählt!

Nazis und SPD gewinnen, Deutschnationale und Kommunisten verlieren

Lippe und die nationale Konzentration

Die Verworfenheit, die in den politischen Parteien des deutschen Bürgerturns herrscht, wird vielleicht am besten gekennzeichnet durch die Bedeutung, die die Landtagswahl in Lippe-Detmold durch die Entwicklung der letzten Zeit erhalten hat. Da wird in einem Ländchen, dessen Wählerzahl kaum den vierhundertsten Teil der deutschen Wähler ausmacht, die Neuwahl eines lippischen Parlaments von 21 Abgeordneten vorgenommen und ganz Deutschland, ja sogar das Ausland warten auf das Ergebnis dieses epochenmachenden Wahlganges. Man wartete — teils, weil jede Atempause, jede Hinmieszögerung der notwendigen Entscheidungen schon als Vorteil erscheint — teils, weil man auf irgendein Wunder, einen sensationellen Wahlausgang, auf eine aus den lippischen Wahlen emporsteigende plötzliche Erleuchtung hoffte.

Detmold, 16. Januar.
Nach dem amtlichen Ergebnis der gestrigen Landtagswahl erhielten:
Sozialdemokraten 29 735 (Reichstagswahl 6. 11. 1932 25 782, Landtagswahl 6. 1. 1929 31 540),
Deutsche Volkspartei 4352 (3628 bzw. 10 054),
Deutschnationale 5923 (9414 bzw. 9576),
Lippisches Landvolk 700 (510 bzw. 6412),
Kommunisten 11 026 (14 601 bzw. 4987),
Staatspartei 828 (558 bzw. 4497),
Nationalsozialisten 38 844 (33 038 bzw. 2713),
Katholische Volksvertretung 2531 (2459 bzw. 2313),
Evangelischer Volksdienst 4510 (4079 bzw. nicht vertreten).
Die Mandate verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt: Sozialdemokraten 7 (bisher 9), DVP I (bisher 3), DNV I (bisher 3), Lippisches Landvolk 0 (bisher 1), Kommunisten 2 (bisher 1), Staatspartei 0 (bisher 1), Nationalsozialisten 9 (bisher 1), Katholische Volksvertretung 0 (0), Evangelischer Volksdienst I (0).

bringen, schreibt der „Montag“ unter Hinweis auf den Verlust der Deutschnationalen: Die Deutschnationalen haben durch örtlich ungünstige Listenaufstellung sich angesichts der außerordentlichen Agitation der Nationalsozialisten von vornherein schlecht gestellt. Es sind auch in Lippe selbst politische Fehler gemacht worden, die zu dem Rückgang der deutschnationalen Stimmen beigetragen haben. Die „Montagspost“ schreibt: Das Ergebnis ist vor allem: Keine grundlegende Umgruppierung. Im Vergleich zu den nationalsozialistischen Anstrengungen ist das Ergebnis mager: Lediglich eine Koalition der Rechten, Nazi-Deutschnationale-Deutsche Volkspartei, ist möglich. Also eine Koalition, die nach den Erfahrungen in anderen Städten und Staaten infolge innerer Rivalitäten kaum produktiv arbeiten können wird.

Schleicher droht mit neuer Pressekebelung

Berlin, 15. Januar.
CNB. Von zuständiger Stelle wird im Auftrage des Reichskanzlers auf die Erklärungen hingewiesen, die der Reichskanzler in seiner Rundfunkrede im Dezember vergangenen Jahres zu der Aufhebung der Pressenotverordnungen gemacht hat. Der Reichskanzler hatte damals ausgeführt, daß er dem Reichspräsidenten die Aufhebung dieser Verordnungen vorschlagen werde und der Erwartung Ausdruck gebe, daß die Aufhebung zu keinem Mißbrauch führen werde. Für diesen Fall hatte der Kanzler angekündigt, daß er dann genötigt sei, dem Reichspräsidenten durchgreifende Maßnahmen vorzuschlagen.
Diesen Vorschlag würde er aber nur sehr ungern und nicht ohne vorherige Warnung an die Öffentlichkeit machen.
Diese Warnung wird von zuständiger Stelle im Auftrage des Reichskanzlers jetzt ausgesprochen.
Es wird darauf hingewiesen, daß in den letzten Tagen nicht nur in einer Reihe von Fällen verhetzende und verächtlichmachende Äußerungen über Persönlichkeiten der Reichsregierung erfolgt sind, sondern daß darüber hinaus Aufforderungen zu offenem Widerstande gegen die Staatsgewalt gemacht wurden, die als schwerste Störung der Ruhe und Ordnung anzusehen sind. Als solche Äußerungen bezeichnet man die Entschliessung des Pommerischen Landbundes, in deren Schlußsatz die Aufforderung enthalten ist, jeder Pommer müsse seine Scholle gegen jeden Zugriff schützen. Weiter sieht man auch eine Zeichnung in der heutigen Nummer des

Schwierige Regierungsbildung

Detmold, 16. Januar.
CNB. Nach dem Ergebnis der Landtagswahl in Lippe besteht die bisher aus 9 Sozialdemokraten, 1 Staatspartei und 1 Volksrechtsparteier zusammengesetzte Koalition nicht mehr. Eine neue Regierungsbildung wäre durch ein Zusammengehen zwischen den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen unter Hinzuziehung des Volksparteiers oder des Vertreters des Evangelischen Volksdienstes möglich. Ob sie allerdings — vor allem die Deutsche Volkspartei — sich zu einer solchen Koalition bereit erklären werden, ist noch fraglich.

Triumphgeschrei der NSDAP

München, 16. Januar.
CNB. Zum Ergebnis der Wahlen in Lippe veröffentlicht die Reichspressestelle der NSDAP eine Erklärung, in der es u. a. heißt: Der heutige Wahlsieg der NSDAP widerlegt nicht nur in überraschender Weise die gegnerischen Behauptungen von dem Rückgang der nationalsozialistischen Bewegung, sondern ist auch der beste Beweis dafür, daß die Stagnation der NSDAP völlig überwunden ist, und daß eine neue Aufwärtsentwicklung der Bewegung nun begonnen hat. Die nationalsozialistische Welle steigt wieder. Die NSDAP ist aus der Verteidigung wieder zum siegreichen Angriff übergegangen. Das ist die politische Schlußfolgerung aus dieser Wahl. Die nächsten Wochen und Monate werden ganz Deutschland im Zeichen dieses neuen Erwachens und verstärkten Angriffes sehen, der die Bewegung gegenüber dem Zusammenbruch der anderen wie eine Sturmflut weiter tragen wird. Die Partei wird alle faulen Kompromisse ablehnen.

Bürgerliche Pressestimmen

Berlin, 16. Januar.
CNB. Von den Berliner Montagsblättern, die das Ergebnis der Landtagswahl in Lippe in großer Aufmachung auf der Kopfsite

Völkischen Beobachters, die protestierenden Landleute in drohender Haltung wiedergibt, als eine Aufreizung an.
Man erklärt an zuständiger Stelle, daß die Staatsgewalt sich derartige Dinge nicht gefallen lassen könne.
Es müsse dafür Sorge getragen werden, daß kein Mißbrauch der Pressefreiheit erfolgen und die notwendigen Grenzen nicht überschritten werden.
Bei ihren etwa notwendig werdenden Maßnahmen wird die Reichsregierung sich nicht mit Halbheiten begnügen.
Die Presseorgane, die die öffentliche Ruhe und Ordnung stören, werden empfindlich und auf längere Zeit betroffen werden. Man werde auch nicht davor zurückschrecken, gegen die beteiligten Persönlichkeiten energisch vorzugehen.
Die Warnung oder richtiger gesagt, die Drohung des Reichskanzlers nimmt ihren Ausgang von einer Kritik rechtsoppositioneller Blätter. Das darf uns aber nicht täuschen. Selbst wenn eine neue Pressenotverordnung ihrem Anlaß nach gegen rechts gerichtet wäre, würde sie in der Praxis sehr schnell zu einer Kebelung der proletarischen Presse führen. Daher muß die Arbeiterschaft ohne Unterschied der Parteirichtung sofort in schärfster Form gegen jede neue Notverordnung dieser Art Protest erheben und den Kampf gegen die Unterdrückung der Arbeiterpresse schon jetzt vorbereiten.

Wachsender Nazi-Terror

Die Blutbilanz vom Sonntag

Detmold, 15. Januar.
Aus dem kleinen Dörfchen Leopoldshöhe wird ein scheußlicher Ueberfall auf den Leiter des lippischen Konsumvereins gemeldet. Vier Nationalsozialisten bearbeiteten den Ueberfallenen so, daß er besinnungslos liegen blieb. Auf dem Boden liegend, traten sie mit schweren Stiefeln auf ihm herum. Das Gesicht des Ueberfallenen ist so entstellt, daß er weder sehen noch sprechen konnte. Die nationalsozialistischen Strolche konnten unermüdet entkommen.
Detmold, 16. Januar.
WTB. In später Abendstunde kam es in Leopoldshöhe, wo der Verwalter der Filiale des Groß-Lippischen Konsumvereins von SA-Leuten angefallen worden war, zu schweren Ausschreitungen zwischen etwa 60 bis 70 Reichsbanner- und SA-Leuten, in deren Verlauf ungefähr fünfzehn Schüsse gewechselt wurden. Nach den bisherigen Feststellungen sind fünf Personen verletzt worden. Ein SA-Mann er-

hielt einen Kopfstreife, während drei Reichsbannerleute Schüsse in den Ober- und Unterarm erhielten. Die Filiale des Konsumvereins wurde völlig zerstört und die Auslagen auf die Straße geworfen. Auch die Fenster der im Erdgeschoß liegenden Wohnungen wurden zertrümmert. Die Polizei beschlagnahmte bei den Teilnehmern der Ausschreitungen noch 35 Schuß Munition, Schlagringe, Gummiknüppel und Dolche.
Köln, 15. Januar.
WTB. Am Sonntagnachmittag veranstalteten die Nationalsozialisten einen Umzug durch die Stadt als Auftakt zu einer Kundgebung in der Messehalle. Dabei kam es zu erheblichen kommunistischen Ansammlungen. Polizeibeamte wurden täglich angegriffen. Ein Beamter, den die Kommunisten entwarfen (?) wollten, machte von der Schutzwalfe Gebrauch, wobei ein Arbeiter tödlich getroffen wurde.
Berlin, 15. Januar.
In der Nacht zum Sonntag wurden in Britz

zwei Arbeiter aus Neukölln von nicht NSDAP-Mitgliedern niedergeschlagen und erheblich am Kopfe verletzt.
Nach Mitternacht betreten sieben Nazis ein kommunistisches Lokal in Neukölln, morgens 3 Uhr verließen sie es mit dem Ruf „Heil Hitler“, worauf die anwesenden Arbeiter mit „Rot Front“ antworteten. Die Nazis drangen wieder in das Lokal ein und eröffneten ein wildes Feuer auf die anwesenden Gäste. Dabei gab es zwei Verletzte. Die Täter flüchteten. Bei ihrer Verfolgung gaben sie weitere sechs Schüsse ab, die aber niemand verletzten.
Gegen 4 Uhr früh wurde ein KPD-Lokal in Britz erneut von Mitgliedern der NSDAP beschossen. Verletzt wurde niemand.
Am Sonntag nachmittag wurde in der Großen Frankfurter Allee ein etwa 1500 Mann starker Demonstrationszug der KPD wegen Singens verbotener Lieder von der Polizei aufgelöst. Die Demonstranten reagierten mit Steinwürfen. Die Beamten gaben mehrere Schreckschüsse und zwei schaufe Schüsse ab. Verletzt wurde niemand.

der NSDAP ein kritisches Denken bewahrt... (text continues)

„Die allgemeine Wehrpflicht ein ganz besonders erstrebenswertes Ziel“

Schleicher spricht im Kyffhäuserbund — Reichspräsident.

Reichskanzler und Reichsminister Seite an Seite mit den Hohenzollern

Gründe darum, muß Hitler alle Anstrengungen machen, den Erfolg des 13. Januar so rasch wie möglich in die praktische Ergebnis umzusetzen... (text continues)

Berlin, 13. Januar. WTB. Der Deutsche Reichskriegerbund „Kyffhäuser“ veranstaltete am Sonntag mittag in Anwesenheit seines Ehrenvorsitzenden, des Reichspräsidenten von Hindenburg, im Sportpalast unter starker Beteiligung eine Deutsche Wehrstunde.

An dieser Feier nahmen u. a. der Reichskanzler und Reichswehrminister Generalv. Schleicher, Reichsaußenminister Freiherr v. Neurath, Reichsinnenminister Dr. Bracht, Reichsarbeitsminister Dr. Syrup, sowie zahlreiche weitere Vertreter der obersten zivilen und militärischen Stellen teil, ferner Feldmarschall v. Mackensen, der Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich, Reichskanzler a. D. v. Papen, viele Generäle der alten Armee und die Bundesführer des Stahlhelms.

Nach dem Einzug der 600 Fahnen unter den Klängen alter Märsche ergriff der erste Präsident des Deutschen Reichskriegerbundes „Kyffhäuser“, General a. D. von Horn das Wort zu einer Ansprache, in der er u. a. sagte: Der Deutsche Reichskriegerbund „Kyffhäuser“, die Millionenorganisation alter Soldaten, läßt sich von dem Streben leiten, diesen Tag zu einem Feiertag und Bekenntnistag des ganzen Volkes zu machen, damit es immer mehr in dem Willen gefestigt wird, das Diktat des

zweiten Versailles, das uns unsere Ehre und unsere Freiheit geraubt hat, zu überwinden. Das deutsche Volk braucht eine solche Wehrstunde! Es soll immer wieder in unsere Vergangenheit zurückgeführt werden. Wir feiern den Tag, um die Wurzelkraft unserer großen deutschen Vergangenheit, die wir noch lebendig in uns tragen, hinein zu pflanzen in die Generation, die jetzt aufwächst, damit auch sie das Werk ihrer Väter und Vorfäter, das Werk der Hohenzollern und Bismarcks, das Sturm und Not überdauerte, zusammenhält und weiter ausbaut für Friede, Freiheit und Glück des deutschen Volkes!

Hierauf hielt

Reichskanzler v. Schleicher

folgende Ansprache: „Das Deutsche Reich, das vor 62 Jahren gegründet wurde, verdankt seine Entstehung nicht zuletzt den Ruhmesjahren einer in der Organisation zwar noch nicht zusammengeschlossenen, aber in Geist und Tapferkeit einheitlichen deutschen Armee. Unter dem Schutz dieser Armee hat Deutschland eine lange Reihe glücklicher Friedensjahre erlebt. In vier furchtbaren Kriegsjahren hat diese Armee den Feind von Deutschlands Grenzen ferngehalten. Gerade deshalb hat diese Armee, die schließlich doch das deutsche Volk in Waffen darstellte, nichts als so kränkend, unverdient, entehrend und von Seiten des Feindes unritterlich empfunden, wie das Verbot, Waffen zu tragen.“

Gilt doch dem Deutschen seit Urväterzeiten das Recht, eine Waffe zu tragen, als das Zeichen des freien Mannes.

Für die Wiedergewinnung seiner Gleichberechtigung auf militärischem Gebiet hat daher das deutsche Volk zäh und mit heißem Herzen gekämpft, bis ihm vor kurzer Zeit dieses entscheidende Merkmal seiner Souveränität wieder zuerkannt ist, und ich kann heute nur die Worte des Herrn Reichsaußenministers wiederholen,

daß die Reichsregierung keine Abrüstungskonvention unterschreiben wird, die diesem Grundsatz nicht Rechnung trägt.

Im übrigen wollen wir nur die gleiche Sicherheit, wie jedes andere Land, und ich möchte hier erneut betonen,

daß ich die allgemeine Wehrpflicht für ein ganz besonders erstrebenswertes Ziel halte.

Veränderte Zeitverhältnisse werden veränderte Formen bedingen. Ich denke dabei in erster Linie an die Miliz.

Zwischen den alten Soldaten und der jungen Wehrmacht bestehen engste kameradschaftliche Beziehungen. Die heutige Wehrstunde gibt ihnen wieder einen besonderen Ausdruck, und ich hoffe, daß sich bald Mittel und Wege finden, dieses Band zwischen den im Kyffhäuser-Bund vereinten alten Soldaten und den ausgeschiedenen Reichswehrgenossen fester zu knüpfen.“

Konterrevolutionäre Maßnahmen in Spanien

Der spanische Ministerrat hat beschlossen, dem am 1. Februar zusammengetretenen Parlament eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, durch die alle Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Sicherheit und gegen das Sprengstoffgesetz den Geschworenengerichten entzogen und den Militärgerichten zur Aburteilung überwiesen werden sollen.

Dieser Beschluß hat große praktische Bedeutung zunächst schon dadurch, daß aus dem allgemeinen Recht der spanischen Republik nach heftigen parlamentarischen Kämpfen die Todesstrafe gestrichen worden ist, während sie im Militärstrafrecht in Kraft blieb. Die Annahme der Regierungsvorlage würde also bedeuten, daß gegen die Aufständischen die Todesstrafe wieder angewandt wird und daß außerdem ihre Aburteilung nicht mehr vor Geschworenengerichten, sondern vor entsprechend einseitig zusammengesetzten Militärgerichten erfolgt. Ueber diese unmittelbare Bedeutung hinaus verstärkt der Beschluß der Regierung die Position des Militärs, das vielleicht heute auf dem Boden der gegebenen republikanischen Tatsachen steht, aber in späterer Zeit keinen Augenblick zögern wird, ganz unverhüllt die Geschäfte der Gegenrevolution zu besorgen. Die Entwicklung Deutschlands von 1918 bis zur Gegenwart zeigt eindeutig, wohin eine solche Politik führen muß.

Die Kampfweise der spanischen

Anarchisten, die Anwendung des individuellen Terrors, entspricht ganz gewiß nicht den Gesetzen des proletarischen Klassenkampfes. Dennoch muß das spanische Proletariat erkennen, daß mit diesen konterrevolutionären Maßnahmen der Regierung indirekt die gesamte spanische Arbeiterbewegung in ihren künftigen Kampfmöglichkeiten bedroht ist. Das gesamte spanische Proletariat muß sich daher gegen diese Entwicklung zur Wehr setzen.

„Neue Aktion gegen die Aufrührer“

Madrid, 13. Januar.

WTB. Nach Zeitungsmeldungen aus Medina Sidonia (Provinz Cadix) ist es bei Casas Viejas erneut zu Zusammenstößen zwischen Aufständischen und der Polizei gekommen. Der Ort selbst ist von Gendarmerie besetzt worden, die mit 50 Maschinengewehren ausgerüstet ist. Die Gendarmerie hat Verstärkung angefordert, damit sie eine neue Aktion gegen die Aufrührer unternehmen kann. Man beabsichtigt, die Rebellen bis ins Gebirge zu verfolgen, wohin sie sich zurückgezogen haben.

Cordoba, 13. Januar.

Die Polizei hat heute eine syndikalistische Geheimversammlung ausgehoben. 16 Personen wurden verhaftet.

Auslands-Rundschau

El Ferrol, 14. Januar.

Die russische Wirtschaftsdelegation, die gegenwärtig eine Studienreise nach Spanien unternimmt, besichtigte heute im Hinblick auf mögliche russische Aufträge die Erftanlagen von El Ferrol. El Ferrol liegt in Nordspanien, am Atlantischen Ozean.

London, 14. Januar.

25 prominente Mitglieder des intellektuellen Englands, darunter der Erzbischof v. York, der ehemalige Arbeitsminister Miss Margaret Bondfield, der ehemalige Innenminister Clynes, die Häupter der bedeutendsten englischen Schulen, Wissenschaftler und Schriftsteller, fordern in einem offenen Briefe an den Völkerbund, daß dieser sich gegen die Anerkennung des Mandatschustates aussprechen soll.

London, 15. Januar.

Die Zusammenfassung aller Baumwollweber in Lancashire in eine große Gewerkschaft wird am Donnerstag nächster Woche von den zahlreichen Bezirksvereinen der Weber-Vereinigung erörtert werden. Bei einer Verwirklichung des Planes würden 100000 Baumwollarbeiter eine einheitliche gewerkschaftliche Vertretung erhalten.

Paris, 14. Januar.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Frankreich ist in der letzten Woche um 7240 gestiegen. Sie betrug am letzten Stichtag 281349.

Prog. 14. Januar.

In der heutigen Ministerratssitzung wurde das Abkommen mit Deutschland über den Nachrichtenaustausch bei Ausbruch ansteckender Krankheiten im Grenzgebiet beider Staaten gebilligt.

Warschau, 15. Januar.

Bei der Besprechung des Justizbudgets im Haushaltsausschuß des Sejm wurden die im polnischen Justizwesen herrschenden Zustände von den oppositionellen Rednern scharf kritisiert. So nannte der frühere Senatsmarschall Trampczynski die Zeit von „Diludskis Putsch“ bis heute eine einzige Tragödie der Gerechtigkeit und des Rechtswesens.

Der Sozialist Niedzialkowski unterschrieb vor allem die hohe Zahl der Todesurteile. Vom September 1931 bis zum 1. Januar 1933 seien 107 Todesurteile vollstreckt worden gegen nur 40 Begnadigungen.

Der Justizminister Michalowski erklärte dazu, er nehme die Verantwortung für die zahlreichen Todesurteile voll auf sich.

Achtungserfolg der SAP Starker Stimmengewinn bei Kommunalwahlen

Bruehl, 15. Januar.

WTB. Am Sonntag fanden in Bruehl nach erfolgter Zusammenlegung mit Bruehl-Land Kommunalwahlen statt, die folgendes Ergebnis hatten (in Klammern Vergleichszahlen der Reichstagswahl vom 6. November 1932): Wahlbeteiligung 75,4 Prozent (80 Prozent); Zentrum 4158 (5191), Sozialdemokraten 1478 (2065), Kommunisten 2486 (2262), Sozialistische Arbeiter-Partei 253 (37), NSDAP 1204 (999), Nationale Arbeitsgemeinschaft (DNVP) 588 (612), Handwerk, Gewerbe und Arbeit 75 (9), Parteilose Volksgemeinschaft 369 (9). Mandate (vorläufig): Zentrum 13, Sozialdemokraten 4, Kommunisten 3, NSDAP 3, Nationale Arbeitsgemeinschaft 1, Parteilose Volksgemeinschaft 1.

Machtvoller Aufmarsch der SAP und des SSB in Zwickau

(Eigene Meldung der „SAZ“)

Nur wenige Tage hatten wir Zeit, um den Aufmarsch vorzubereiten — um so prächtiger aber war die Demonstration am Donnerstag. Trutzige Kampfweisen singend, geführt von einem Fanfarenchor, marschierten rund 500 Schutzbündler und SAP-Genossen durch die Straßen Zwickaus. Da stauten die Spießer, und die SPD-Arbeiter wunderten sich, hatten sie von ihrer Lügenpresse doch nur von der toten SAP gehört. Viele hunderte Arbeiter standen an den Straßen und hunderte hatten sich beim Anmarsch des Zuges bereits auf dem Rathenau-Platz eingefunden. Zwei Genossen sprachen kurze packende Worte, die von der Masse begeistert aufgenommen wurden.

Ein unerhörter Vorschlag

Die „Kreuzzeitung“, ein deutschnationales Blatt, macht wieder einmal Propaganda für ein Verbot der KPD und für gleichzeitige Kassierung der 100 kommunistischen Reichstagsmandate. Neben anderen Gründen führt das Blatt dabei einen „wichtigen finanziellen Punkt“ als Begründung an: die Ersparnis von 60 000 Mark Diäten monatlich. Das Blatt macht geltend, daß die kommunistischen Abgeordneten einen Teil der Diäten an die Partei abführen müßten, so daß das Reich indirekt den kommunistischen Werbefond unterstützen würde.

Die „Kreuzzeitung“ behauptet, die von ihr geforderten Maßnahmen würden in den maßgebenden Kreisen ernsthafter wegen. Diese Behauptung wird wiederum „aus unterrichteten Kreisen“ demüthigt. „Trotzdem muß die Arbeiterschaft solche Möglichkeiten durchaus ins Auge fassen und sich darauf rüsten, einen Schlag gegen die KPD als Schlag gegen das ganze Proletariat zu erkennen und entsprechend zu beantworten.“

Kommunistische Mieter-Versammlungen verboten

München, 15. Januar

Die für heute abend geplanten 50 Mieter-versammlungen des kommunistischen „Kampfausschusses der werktätigen Mieter Münchens“ sind von der Polizei verboten worden.

Völkerbundspräsident warnt Peru

WTB. Der Streit zwischen Kolumbien und Peru über die Stadt Beticia am oberen Amazonasstrom hat jetzt zu einem bemerkenswert scharfen Appell des Ratspräsidenten an die Regierung von Peru geführt. Der Ratspräsident gibt darin der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß Peru als Mitglied des Völkerbundes, das noch bis vor kurzem dem Völkerbundsrat angehört habe, sich aller Handlungen enthalten werde, die nicht auf das strengste mit der Völkerbundsatzung übereinstimmen.

Rio de Janeiro, 15. Januar

Wie aus Manaus gemeldet wird, sind drei kolumbianische Kanonenboote nach Leticia abgefahren. Sie haben 2400 mit Gewehren und Maschinengewehren ausgerüstete Mann an Bord. Vier weitere Kanonenboote werden in Manaus erwartet.

